

für Halle monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, durch die Post monatlich 8,25 Mark, vierteljährlich 24,75 Mark, einschl. Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Redaktionsstellen angenommen. Im amtlich, Zeitungsverzeichnis unter Code-Zeitung eingetragen. Unentgeltlich eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe. Code-Zeitung gerätet. Fernr. der Geschäftsleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1183 u. 1133, der Verlags-Abt. Nr. 1133

Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 356.

Halle, Dienstag, den 2. August 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Auf dem Wege zur Entscheidung.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Wird ist es Irland gelüftet, aus der Sachlage herauszukommen in die ihm keine vorteilhafte Preispolitik gelüftet hätte. England hat zwar nicht zugegeben, daß Frankreich allein nach Oberschlesien Vertriebsmittel für Truppentransporte nach Oberschlesien fordern dürfe; und es hat erst recht nicht zugestanden, daß Frankreich etwa auf dem Seewege über Danzig selbständig handle. Nur um ein Nisler auf die französische Wunde zu legen, hat sich die englische Regierung dazu herbeigelassen, ihren Vorschlag in Berlin zu beauftragen, gemeinsam mit dem französischen und italienischen Vertreter bei der Reichsregierung vorzulegen zu werden, daß sie sich bereit halten sollte, durch alle geeigneten Mittel den Transport der alliierten Truppen durch Deutschland zu erleichtern, den die Lage in Oberschlesien jeden Tag notwendig machen könnte. Natürlich werden damit in Berlin nur offene Türen eingetrammt. Denn ausdrücklich und wiederholt hat sich ja der deutsche Außenminister bereit erklärt, eine solche gemeinsame Forderung der Besatzungsmächte zu erfüllen, wie es der Vertrag von Versailles vorschreibt. Aber die große Schwierigkeit in der Einleitung der Einleitung oder wenigstens der notwendigen Einleitung der Einleitung und Frankreich für notwendig erachtet worden. Herr Brandt kann wenigstens einen äußerlichen Schein Erfolg bringen, auf den er umso erpicht sein mußte, als die diplomatische Schlappigkeit unvertretbar ist, die er in der Frage der Truppenverbringung erlitten hat. Erst der Oberste Rat wird nun entscheiden, ob überhaupt und wann und wieviele Truppen noch nach Oberschlesien geschickt werden sollen. Dann wird sich auch England schließlich werden, ob neben den französischen noch englische Soldaten zu entsenden sind. Gegenwärtig haben die französischen noch der Zahl nach das Übergewicht in Oberschlesien.

Aber das alles war ja nur Vorarbeit. Viel bedeutender als der Kampf um die Truppenverbringungen wird natürlich das Ringen um die Grenzlinie in Oberschlesien werden. Schon aus dem Vorarbeit kann man erkennen, mit welcher Fähigkeit die beiden Hauptmächte ihre Sonderinteressen bezüglich Oberschlesien zu wahren bemüht sind: Frankreich seinen beherrschenden Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung in Zentral- und Ostpolen, das polnische Schwellenlandes, und England die Verhinderung eines überstarren Wirtschaftssystems Frankreichs auf dem Kontinent. Am 8. August soll nun die Tagung des Obersten Rates beginnen. Brandt wird die Einladungen an die fünf Hauptmächte erlassen. Neben England und Frankreich werden Italien, Amerika und Japan vertreten sein. Amerika wahrscheinlich nur als Beobachter. Sollten sich die englischen Zielsetzungen bestätigen, daß auch die Aufhebung der Sanktionen von England beabsichtigt wird, so würde zu diesen Erweiterungen noch das hiesig interessierte Belgien zugezogen werden. Jedenfalls dürfte die Tagung längere Zeit in Anspruch nehmen. Von den Arbeiten des Sachverständigenausschusses, der dem Obersten Rat einen einflussreichen Vorschlag unterbreiten sollte, ist es wieder auffallend still geworden. Niemand vermag im Augenblick mit einiger Wahrscheinlichkeit vorherzusagen, wie die Konferenz des Obersten Rates ausfallen wird.

Mit ungeheuren Atem verfolgt das deutsche Volk die Vorbereitungen für die bevorstehende Entscheidung. Es weiß jetzt in allen Schichten, daß es um eine seiner Lebensfragen geht. Die Polen haben in Verbindung mit den Franzosen alles getan, was nur irgend denkbar war, um die Reichslage zu verwirren und die Menschheit zu täuschen. Aber ihre Manöver haben auf die Dauer keinen Eindruck machen können. Die ganze Welt hat inzwischen erfahren, daß Deutschland mit beiden Beinen auf dem Wortlaut des Versailler Vertrages über Oberschlesien steht und eine klare Entscheidung nach dem Recht der Selbstbestimmung verlangt, wie diese in der Volksabstimmung zutage getreten ist. Was daneben die Entente noch nach wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkten entscheidet: sie sprechen sämtlich zu Deutschlands Gunsten. „Oberschlesien ungeteilt für Deutschland“, das ist der einmütige Ruf aller deutschen Stämme, aller deutschen Parteien, aller deutschen Regierungen; das ist natürlich erst recht der Ruf ganz Oberschlesiens. Und dieser Ruf muß von jetzt ab bis zu dem Augenblick der Entscheidung des Obersten Rates unaufhörlich und laut und unwiderruflich erschallen. Nach der Betonung des unerröcklichen Rechtsprinzips muß dann ebenso bestimmt und unbändig die Forderung der Entente nach dem Recht der Selbstbestimmung als Polen oder auch nur eine Zerstückung desselben ein Unglück nicht nur für das betroffene Land und nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa und die Weltwirtschaft bedeuten würde.

Rufen, aufklären, protestieren und nicht müde werden bis zum Tag der Entscheidung, das ist jetzt die wichtigste Aufgabe deutscher Oberschlesienpolitik. Schlimm genug, daß wir nur Zuschauer sein dürfen, wenn andere außerhalb Deutschlands über unsere Lebensmöglichkeiten entscheiden. Umso weniger dürfen wir ermahnen bei den Versuchen, die Welt und die feindseligen Nachbarn über unsere Lage und über unser gutes Recht und über ihre eigenen Interessen an Oberschlesien aufzuklären.

Lloyd George will Gerechtigkeit.

Im englischen Unterhaus erklärte Lloyd George auf eine Anfrage, die britische Regierung sei im Verlaufe der jüngsten Auseinandersetzung mit Frankreich ledig-

lich von dem Wunsch geleitet gewesen, eine gerechte Lösung der ober-schlesischen Frage in Gemäßheit des Abkommens von Versailles und der Bestimmungen des Friedensvertrages zu suchen. In Beantwortung von Zwischenrufen erklärte Lloyd George, es sei die Aufgabe der britischen Regierung, darüber zu wachen, daß Polen und Deutschland in gleicher Weise völlig rechtmäßige Verhandlung zuteil werde. Lloyd George erklärte noch, er glaube, daß das Verhältnis gegen die Kriegsbeschädigten auf der Tagung des Obersten Rates Gegenstand der Erörterung sein werde.

Der Fall Frauendorfer.

Zum Fall Frauendorfer wird von der Münchener Staatsanwaltschaft mitgeteilt:

Der Fall Frauendorfer und Genossen beschäftigt fortgesetzt die Öffentlichkeit. Am Abend der Verhandlungen vorzubereiten, sei deshalb auf Grund der bisherigen, noch nicht abgeschlossenen Ermittlungen folgendes mitgeteilt: Fest steht, daß Frauendorfer seit vielen Jahren von seltenen alten Medaillen nachlässig hergestellt und zitiert und dabei ein Verfahren angewandt hat, das die Herstellung der Nachahmer in der Größe der Originalen ermöglichte. Gerade hierdurch ist die Fälschung erleichtert. Fest steht weiter, daß aus dem Besitz Frauendorfers Nachbildungen seltener alter Medaillen als edle Stücke in den Verkehr kamen. Für einen Teil davon ist schon jetzt nachgewiesen, daß Stücke im Auftrag Frauendorfers nachgepfloßen und zitiert worden sind.

Sperre des Güterverkehrs am Rhein.

Wegen erneuter Schwierigkeiten infolge der Zollgrenze am Rhein tritt mit sofortiger Wirkung wieder eine Verschärfung der Sperre des Güterverkehrs nach unbefestigten nach dem besetzten Gebiet ein. Es ist verboten bis auf weiteres die Annahme von Eis- und Frachtkübeln, sowie Eis- und Frachtpaßangehörigkeiten, die über Bismarckheim bei Mainz gehen, d. h. daß die ganze Strecke Frankfurt-Köln linksrheinlich gesperrt ist. Von der Sperre für Eis- und Frachtkübel sind ausgenommen lebende Tiere, Lebensmittel, Ausrüstungen, Dienstgüter und Befehlsgüter, für die Sperre von Wagenladungen außerhalb Gütermittel und Umzugsgegenstände.

Die Eigentumsregelung in Danzig.

Die interalliierte Kommission für die Verteilung des ehemaligen Staatseigentums hat dem Senat der Freistadt Danzig weitere Entscheidung befähigt.

Der Freien Stadt Danzig wird unter anderem zuteil werden: Die Artilleriewerkstatt einschließlich des Geländes, der Gebäude und der dort befindlichen Maschinen, die Gebäude der Gewerfabrik, die beiden Juwelierwerkstätten, die Eisenwerkstatt, das Eisenwerk, das Prokuratent, die St. Elisabethskirche, das Konviktorium, sowie der nördliche Teil des großen Exerzierplatzes in Langauer mit Ausnahme eines Geländestücks von 50 Meter Breite, entlang der Eisenbahn.

Dem Hafenausschuß sind zuteil: das Hafenanamt, das Hafenanamt, das Lotenamt mit dem Gelände und dem dazu gehörigen Inventar. Außerdem sind ihm zuteil: das Gelände nördlich des Freihauses und südlich des Brönerer Breite zur eventuellen Weiterführung und Erweiterung der Eisenbahn, das Marinewerkstatt mit Ausnahme der Tanks und Behälter für Petroleum einschließlich der Ralsbrennmaschinen und Leistungseinrichtungen, das Gelände südlich des Weichselhafens, das der Weichselstrom-Verwaltung gehört, sowie zwei in Neufahrwasser gelegene Häuser. Diese Zuteilung ist unter dem ausdrücklichen Vorbehalt gemacht, daß, wenn ein Teil dieser Gelände endgültig dazu bestimmt wird, als Lagerplatz für den Transport und die Lagerung der für Polen bestimmten Division und als Anlegeplatz für die polnische Flotte gemäß den Resolutionen des Völkerbundes zu dienen, der Hafenausschuß alle notwendigen Maßnahmen ergreifen müsse um das ihm zuteilgegebene Gelände zur Verfügung zu stellen. Dem Hafenausschuß sind ferner von jetzt ab zuteil: die Nutzung der Gebäude, die Verwaltung folgender Güter: 1. Weichselstraße, 2. Weichselmündung mit Ausnahme der Forst und des diese umgebenden Grabens, 3. der Munitionshafen mit Ausnahme des Geländes, das gegenwärtig von den polnischen Rückwandererlagern benutzt wird, 4. die Solm-Insel mit Ausnahme des Teiles, der der Werft eingegeben ist.

Polnischer Generalstreik in Danzig.

Da die von Seiten der sozialdemokratischen Partei für diesen Donnerstag beabsichtigte Demonstration auf dem Danziger Neumarkt verboten wurde, rief der allgemeine Gewerkschaftsbund für die Freistadt Danzig, der allgemeine Gewerkschaftsbund für die Wa, die Sozialdemokratische Partei in Danzig, die Unabhängige sozialdemokratische Partei Danzig, die K.P.D., Bezirk Danzig, zu einem am Donnerstag, 4. August, stattfindenden 24 stündigen Generalstreik der Arbeiter, Angestellten und Beamten an. Es soll protestiert werden gegen die unerhörte Belastung durch direkte und indirekte Steuern, gegen die Erhöhung der Wohnungsmieten, gegen die gewaltige Verteuerung der Lebensmittel und die beschämte Erhöhung des Brotpreises. Als Ausgleich der bestehenden Leere wird gefordert werden eine Erhöhung der Löhne und Gehälter für sämtliche Lohn- und

Die 6 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2,50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstelle, Erlangungsort: 6 alle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 15, 8c. Geschäftsstelle: 17, Heben. Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postkassenkonto Leipzig Nr. 228 14.

Gesaltensmpfänger der Besitze der Arbeitslosen und der Witwen und Waisen der Kriegsbeschädigten, der Empfänger von Armenunterstützungen sowie eine ausreichende Unterstützung aller Erwerbslosen.

Aus Sowjetrußland.

Die Vertreter der deutschen Kolonistenbedürfnisse in Wolgarebiet erklärten in einer Sitzung des Moskauer Hilfskomitees, daß 70 Prozent der ganzen Saatflächen verbrannt seien und daß 300 000 deutsche Arbeiter gezwungen seien, auszuwandern, da sie sich auf ihren Grund und Boden nicht mehr ernähren könnten.

Die Sowjetregierung hat den amerikanischen Vorschlag angenommen und alle bisher gelangene Amerikaner freigelassen. Sie schlug weiter die schnelle Einberufung einer Konferenz nach Rigod oder Kiew vor, um über die Einzelheiten für die Hilfsaktion zu beraten. Von Seiten des Roten Kreuzes wurde beschloffen zunächst ein Lazarettschiff mit Arztpersonal und Entsendungserkrankungen zur Verfügung zu stellen. Nach einer Meldung aus Pershburg sind in verschiedenen russischen Gouvernements Untersuchungen von amerikanischen Gouvernements in der polnischen Regierung hat strenge Schutzmaßnahmen getroffen, um eine Verhinderung der Fahrt über die Grenze zu verhindern.

Der Terror.

Nach einer Meldung aus Petersburg begann das Kamowski-Regiment wegen einer Verabreichung der Brotration vor einigen Tagen zu meutern. Es gelang aber dem Kommandeur, die Soldaten zu beruhigen. Am nächsten Tag wurde das gelamete Regiment auf den Truppenübungsplatz geführt, um an einer militärischen Übung teilzunehmen. Der Plag wurde darauf von einer Anzahl von kommunistischen Soldaten umringt und alle Soldaten des Regiments die an dem Aufruhr beteiligt waren, wurden ohne die weitere Ermüdung.

Die Helgoländer Denkschrift.

Die Gesamtkommission der Insel Helgoland eine aus den Kreisen der eingeborenen Bevölkerung gewählte Körperschaft, die neben der Gemeindevorstellung arbeitet, den Kampf um die „alten Rechte“ der Insel führt hat eine Denkschrift herausgegeben, in der sie die Gründe für die geordnete Selbständigkeit des „Volkes“ vor Helgoland niedergelegt hat. Gefordert wird eine eigenverantwortliche Verwaltung, um in Freiheit die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Insel auszuwerten zu können. Die augenblickliche wirtschaftliche Lage der Insel wird als wenig hoffnungsvoll eingeschätzt, da die Abtragung der Befestigung die Insel in einem verwüsteten Zustand zurückläßt. Die Wadegatte die zur Erholung die Insel auffrischt, ziehen, nach der Darstellung der Denkschrift, wieder von der Insel fort, weil sie dort keine Ruhe finden, so daß die Lage des Babes in kurze Zeit verwickelt sein wird. Gerade die einzige Hoffnung aussehender Desillusionierung ruht aber nach der Denkschrift in der Möglichkeit, die Insel als Seebadort in modernster Weise auszugestalten, da Helgoland vor seiner primitiven Fälschung, die gegen die Küstentouristen nicht konkurrenzfähig ist, allein nicht leben könne. Die Denkschrift wendet sich zum Schluß gegen die Vorwürfe des materialistischen Hochrates. Der Gang zu dem englischen Vertrage kontraktanten von 1890 und zum Vorkriegsland sei ein Schritt der Not gewesen.

Man darf annehmen, daß die zuständigen Instanzen zu der Denkschrift wie auch zu der ganzen Frage erneut Stellung nehmen. Keinesfalls kann, auch bei weitestem Gegenkommen, davon die Rede sein, einen Bestandteil des Deutschen Reiches dem Urteil des Völkerbundes oder einzelner auswärtiger Nationen zu unterstellen. Der Schritt, den die Helgoländer in dieser Beziehung getan haben, bleibt ein Schritt, was auch immer zu seiner Entschuldigend gelagt werden mag.

Deutsches Reich.

Frauen als Vorstände von Innungen und Handwerkskammern. Auf einen Beschluß des Reichstags nach Vorlegung eines Gesetzesentwurfs, der alle in der Reichsgewerbeordnung vorandere Hindernisse für die volle Gleichberechtigung von Männern und Frauen bei allen verständlichen Vertretungsvorposten und ihren Organen beseitigt, hat die Regierung geantwortet, daß Frauen zu Mitgliedern des Vorstandes und der Handwerkskammern nicht wählbar seien. Da sie nicht zum Schöffensamt fähig seien. Ein diesbezüglicher Gesetzesentwurf, der dies Hindernis beseitigen solle, liegt dem Reichsrat vor. Bekanntlich aber hat ihn der Reichsrat abgelehnt. Er wird aber wohl im Reichstag wiederkommen.

Das deutsche Eigentum in Amerika. Zwölf deutsche Firmen haben das Verfahren zur Wiedererlangung ihres Eigentums eingeleitet. Sie gründen ihre Handlung besonders darauf, daß die Friedensresolution die Beschlagnahme nicht ausdrücklich legalisiert hat.

Der Präsident des Wiener Landesdirektoriums, Oberbürgermeister Hienberg, hat laut Wiener Dampfboot am 28. Juli dem Oberkommissar Wetten sein Rücktrittsgesuch überreicht, das dieser am 30. Juli angenommen hat. In einem Schreiben an Wetten hat er sein in letztes Heft bewahren über dessen Rücktritt aus und bringt seine Hochachtung vor Allenbergs Verdiensten zum Ausdruck. Betrüger

verhandelt zur Zeit mit den führenden Männern des Reiches über die Neuordnung des Reichs.

Die Frage des Reichsarchivs über die neuen Steuer...

Der Zentral-Ausschuß des Schutzverbandes für deutschen Grundbesitz...

Die Bedingungen selbst wird freigelegtes Stillschweigen bewahrt...

Kunst und Wissenschaft.

Ein deutsch-chinesischer Kulturverband in Peking. Der Hochschulkultur...

Professor Romab u. Range der Kunsthistoriker der Leipziger Universität...

Der neue Direktor des Staatstheater in Dresden.

Zusolge Beschlusses des Verwaltungskollegiums für die Staatstheater...

Die Sängerfahrt nach Thüringen unternimmt der Berliner Gesangsverein...

Vom Hamburger Schachkongreß. Sämtlich gewann die Hängepartie...

Der 450. Todestag des Thomas Kempis. Die Stadt Kempen am Niederrhein...

Sport der „Saale-Zeitung“.

Die erfolgreichsten Rennfahrer. Trotz seiner neu ununterbrochenen Siege...

Ein nationales Wasserballturnier. Das erste seiner Art...

Auslands-Rundschau.

Neuer Zolltarif in Finnland. Finnland plant einen neuen Zolltarif...

Die letzte Frage gelöst? Aus Dublin wird gemeldet, daß bereits jetzt...

Hörnumfahrt.

Von Heli Ende, Hamburg.

Helle Wellenschläge bedecken wie ein Vorhang den Morgenhimmel...

Der fliehenden Wälder grüne Reife reißt sich am Ufer. Stromabwärts gleitet das Schiff...

Ein frischer Wind blies auf. Fröhlich liegt das Wasser. In der Schiffs...

Ich, was denken Sie, es ist nur wegen der Damen und weil Sie dank...

Wesiger. Reifende, die Heißluft besessen haben und nun mit uns Spitz...